

Streit um Kernkraft verschärft sich

## Union interpretiert den Atomausstieg neu

CDU will Laufzeiten auf ältere Reaktoren übertragen / SPD: „Büttel der Strommonopolisten“ / Strahlenschutz-Amt warnt vor Risiken

**Berlin** – Der Koalitionsstreit um die Kernkraft spitzt sich zu. Die CDU-Umweltpolitikerin Katherina Reiche forderte am Montag, Strommengen von jüngeren auf ältere Reaktoren zu übertragen, sodass diese länger laufen können. SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber warf der Union vor, sie werde zum „Büttel der Strommonopolisten“.

Von Michael Bauchmüller

„Das Atomgesetz erlaubt die Übertragung von Restlaufzeiten“, sagte Reiche der SZ. „Wir fordern lediglich, diesen Spielraum zu gewähren.“ Das Atomgesetz, von Rot-Grün 2001 novelliert, fußt auf dem Konsens zwischen der damaligen Bundesregierung und den Kernkraftbetreibern. Sie hatten sich unter anderem darauf geeinigt, die Übertragung zuzulassen. Problemlos sollte es möglich sein, moderne Reaktoren länger laufen zu lassen, sofern ältere im Gegenzug früher stillgelegt würden. Für den umgekehrten Weg, wie ihn die Union nun anstrebt, schreibt das Gesetz eine Sondergenehmigung vor. Diese gibt es aber nur, „wenn das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit zugestimmt hat“. Sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) als auch Wirt-

schaftsminister Michael Glos (CSU) sind erklärte Kernkraftbefürworter.

Anders als Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) sieht die Union aber nicht das Umweltministerium bei der Genehmigung als erstes am Zuge. „Das sehen wir anders“, sagte Reiche. Unterdessen erklärte Gabriel erneut, dass er von einer Übertragung von Reststrommengen von neu auf alt nichts halte. „Ich kann mir zum jetzigen Zeitpunkt kein Argument vorstellen, bei dem man ein jüngeres Kraftwerk kürzer laufen lässt, obwohl es eine optimierte Sicherheitstechnik hat, und dafür ein älteres Kraftwerk mit einer weniger optimierten Sicherheit länger laufen lässt“, sagte Gabriel. SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber griff den Koalitionspartner harsch an: „Die Union macht sich zum Büttel der Strommonopolisten“, sagte Kelber der SZ. „Wer ständig den Wettbewerbern am Strommarkt signalisiert, wir fördern Monopolisten, macht die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb kaputt.“

Die deutschen Kernkraftwerke gehören alle den vier Energieanbietern Eon, RWE, EnBW und Vattenfall. Blicke es beim Ausstieg, müssten in dieser Legislaturperiode rein rechnerisch die Kraftwerke Biblis A und B (RWE), Neckarwestheim 1 (EnBW) und Brunsbüttel (Vattenfall/Eon) stillgelegt werden. Allerdings ist es auch möglich, das Ende mit Revisionspausen oder gedrosselter Erzeugung

hinauszuzögern. Laut Umweltministerium liegen derzeit keine Anträge auf Übertragung vor. „Wir befinden uns im Prüfungsprozess“, heißt es bei RWE.

Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, warnte unterdessen davor, die Risiken älterer Reaktoren zu unterschätzen. „Die Kernkraftwerke, die in dieser Legislaturperiode zur Abschaltung anstehen, wurden allesamt in den sechziger Jahren geplant“, sagte König der *Süddeutschen Zeitung*. Sie könnten „keinesfalls als hochmodern“ gelten. So seien ihre Wände dünner, der Schutz vor Flugzeugabstürzen dadurch geringer. Absicht der Übertragungsregelung sei es gewesen, diese Kraftwerke möglicherweise früher vom Netz zu nehmen. „Wenn man jetzt versucht, die Strommengen von jüngeren auf ältere Kraftwerke zu übertragen, stellt das die Absichten des Gesetzgebers auf den Kopf.“

Auch Grünen-Fraktionsvize Reinhard Loske wandte sich gegen den Unionsvorstoß. Blieben ältere Kernkraftwerke länger in Betrieb, neuere dagegen kürzer, drohe eine massenhafte Abschaltung nach 2010. Ein Ausstieg werde dann umso unpopulärer „Das ist eine Art nukleare Sonnhofen-Strategie“, sagte Loske.